

iFijáte!

Nachrichten • Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 492

Mittwoch, 31. August 2011

17. Jahrgang

Der grosse Unbekannte: Manuel Baldizón

Mit dem Ausscheiden von Sandra Torres aus dem Präsidentschaftsrennen ist ein neuer Herausforderer für Otto Pérez Molina im Ring: Manuel Baldizón, Unternehmer aus dem Petén. Da er selbst früher Mitglied der UNE war, tritt er im Wahlkampf in Torres' Fussstapfen und mimt wirtschafts- und sozialpolitisch den Sozialdemokraten.

Ist er tatsächlich eine Alternative zum Saubermann Molina mit seiner dunklen Vergangenheit? Ist er ein populistischer Politiker wie so viele andere oder – wie die Tageszeitung siglo21 schrieb – Teil der Petén-Mafia, die staatliche Gelder in ihre eigenen Kassen lenkt, indem sie Gemeinden und NGOs kontrollieren? Darüber und über seine Positionen zu den Themen Todesstrafe, Justiz, Umwelt und Soziales wird im Folgenden berichtet.

Grundlage für den Text ist die ausführliche Studie „Machtgruppen im Petén: Territorium, Politik und Geschäfte“ (<http://www.libertopolis.com/downloads>) einer Forschergruppe namens insightcrime, die von Soros Open Society und der Americas' University gesponsert sowie von der kolumbianischen Stiftung für Friedensideen unterstützt wird. In der Studie von über 200 Seiten geht es nicht nur um Baldizón, aber auch. Weitere Quellen sind ein Fragebogen, den siglo21 an PräsidentschaftskandidatInnen abgab, sowie einige Berichte über Wahlforen.

Nach der Wahlumfrage von *Prensa Libre* hat sich der für die Partei LIDER kandidierende Manuel Baldizón auf den zweiten Platz hinter Otto Perez Molina gesetzt. Lag er in der ersten Umfrage im Mai noch bei mageren 4-5 %, stieg er im Juni und Juli auf 6,1 bzw. 8,4 %. Nach dem Ausscheiden von Sandra Torres erreichte er nun 18,5 %, derweil Perez Molina auf 39,7 % kommt. Auf Platz drei liegt Eduardo Suger (CREO) mit 11,3 % und auf Platz vier Mario Estrada (UCN) mit 6,1 %. Haroldo Caballero (VIVA-EG) liegt mit 4,5 % auf Platz fünf.

Damit hat Baldizón, was bei seinem bisherigen politischen Werdegang nicht ganz überraschend ist, die meisten Stimmen aus dem UNE-GANA-Lager eingeheimst. Aufsehen erregt hat sein Versprechen, ein 15. Monatsgehalt für Staatsbedienstete einzuführen. Zugleich will er die Steuern für Minengesellschaften um 50 % erhöhen. Seine Idee in der Steuerpolitik ist, eine flat-rate-Steuer von 5 % für alle Personen und auf alle Umsätze von Unternehmen einzuführen.

Für den Analytiker Marco Antonio Barahona von der *Vereinigung für soziale Forschung und Studien* (Asies) steht ausser Zweifel, dass Baldizón sich als fähig erwiesen hat, auch wenn seine Forderungen sehr widersprüchlich und nicht immer ernsthaft erscheinen. Dennoch habe er mit seiner Medienpräsenz bei vielen WählerInnen suggerieren können, dass hier ein Politiker antrete, der sich von den anderen unterscheidet, obwohl er in Realität die Inkarnation eines traditionellen Politikers sei, ein Demagoge und Populist. „Ich halte es im Hinblick auf unseren instabilen Demokratisierungsprozess für gefährlich, dass jemand wie Baldizón als eine mögliche Option für die Wahlen von 2015 angesehen werden muss“, so Barahona.

Machtstrukturen im Petén

Kürzlich wurde eine Studie von *insightcrime* im Internet veröffentlicht, die analysiert, wie einige wenige politische Machtzentren den Petén kontrollieren. Dabei kommt eine Kooperation namhafter Familien mit der organisierten Kriminalität (insbesondere Drogenbossen) zum Vorschein, aber auch die Aneignung von öffentlichen Geldern durch ein Firmennetz oder Nichtregierungsorganisationen, die durch Kongressabgeordnete oder lokale Amtsinhaber kontrolliert werden. Zu zwei dieser Familien, die solcher Machenschaften bezichtigt werden, gehören der Abgeordnete der UNE-GANA Manuel Barquín sowie der Präsidentschaftskandidat von LIDER Manuel Baldizón. So heisst es in der Studie: „Im Zusammenspiel dieser Gruppen verwischen sich legale und illegale Handlungen. In den letzten acht Jahren haben sie öffentliche Aufträge in Höhe von mindestens 635 Millionen Quetzales (etwa 56 Millionen Euro) unter ihre Kontrolle gebracht.“ Die Studie analysiert eine Reihe von NGOs, die für die Umsetzung von öffentlichen Arbeiten genutzt werden, z. B. im Sozial- oder Umweltbereich. Die Gelder werden nach einem geographischen Schlüssel im Kongress verhandelt und dienen

einem klientelistischen Dreieck-Geschäft, an dem Familienclan, NGOs und Kommune beteiligt sind. Diese Kontrolle über das Territorium (Ländereien), staatliche Investitionen und Kommunen hat ein weiteres Standbein: die Kooperation mit der organisierten Kriminalität.

Struktur, Arbeitsweise und Charakteristika der Machtgruppen

„Die regionalen Machtgruppen sind Netzwerke von Familien und Personen, die durch ihre Zugehörigkeit zu einer Partei erreicht haben, sich eine materielle und finanzielle Grundlage aufzubauen, die vor allem auf der Kontrolle öffentlicher Gelder basiert und es ihnen erlaubt, ihre politische Position (noch weiter) zu stärken und ihren Einfluss von der lokalen auf die nationale Ebene auszuweiten. Im Fall des Petén ist zu konstatieren, dass es regionale Gruppen mit nationaler Ausstrahlung gibt, und zwar in dem Sinne, dass sie Teil der Mehrheitskoalitionen im Kongress sind und/oder den landesweit wichtigen politischen Parteien angehören und/oder Mitglied jener Parteien sind, die im Petén über grosse Macht verfügen.

Zu den Charakteristika dieser Gruppen gehören:

1. Hohe Fluktuation, Beweglichkeit und Unbeständigkeit

Mit wenigen Ausnahmen haben diese Gruppen keine fixe Struktur. Die Mitglieder des Netzwerkes wechseln im Laufe der Zeit, insbesondere vor Wahlen. Die flexible Struktur erlaubt die Aufnahme neuer Mitglieder und die Vergabe von untergeordneten Positionen an Personen, die dann später „aufsteigen“ können. Allerdings gibt es einen harten Kern, also jene, die in der Öffentlichkeit sichtbar Führungspositionen innehaben und deren Beständigkeit vielmehr durch Geschäftsbeziehungen gegeben ist als durch politische Treue zu einer Partei.

2. Familien und territoriale Strukturen

Die Kerne dieser Gruppen werden über familiäre und territoriale Verbindungen strukturiert. Die Blutsbande und die Herkunft sind die wichtigsten Charakteristika der führenden Persönlichkeiten dieser Gruppen.

3. Die Wichtigkeit der Politik und der öffentlichen Aufgaben

Ein weiterer Charakterzug dieser regionalen Machtgruppen ist die Beteiligung an politischen Wahlen und die Übernahme von öffentlichen Ämtern. Der problemlose Übertritt von der einen zur anderen Partei vor Wahlen, aber auch innerhalb einer Wahlperiode, lässt vermuten, dass es den Gruppenmitgliedern nicht um politische Überzeugung geht, sondern dass die Parteien Werkzeuge sind, mit denen sie ihre wirtschaftliche und politische Macht ausweiten. Das Blühen dieser Praxis ist mit zwei weiteren Phänomenen verknüpft, die in der Verfassung von 1985 festgelegt wurden: Zum einen der Anstieg staatlicher Investitionen und deren Dezentralisierung, wofür die kommunalen Entwicklungsräte (Consejos de Desarrollo) geschaffen wurden, welche die öffentlichen Gelder verteilen. Zum anderen wurde die Umsetzung öffentlicher Projekte vermehrt in die Hände von privaten Unternehmen gegeben, was die Zahl der Akteure und die Einflussmöglichkeiten auf die Auftragsvergabe verändert hat. Die Dialoge mit Stadt- und Entwicklungsräten und mit Kongressabgeordneten über die kommunale, regionale oder nationale Entwicklung wurden überlagert von (Geschäfts-) Verhandlungen über die Verteilung der öffentlichen Gelder. Politik wurde so zum Werkzeug zur illegalen Bereicherung.

4. Vermittlung von Ämtern und Dienstleistungen

Die regionalen Machtgruppen agieren nicht nur via der Vergabe öffentlicher Gelder, sondern sie haben auch eine soziale Basis von HelferInnen, mit denen sie kooperieren und auf Gegenseitigkeit beruhende Beziehungen etablieren. Das bedeutet, dass sie sich nicht nur ihre Anteile an den öffentlichen Ausgaben sichern, sondern dass sie lokale Bedürfnisse bedienen. Für jene Mitglieder der regionalen Machtgruppen, die hohe Ämter bekleiden, heisst das auch, dass sie als VermittlerIn für öffentliche Ämter und öffentliche Dienstleistungen auftreten.

5. Zusammenarbeit von legalen und illegalen Gruppen

Bei den regionalen Machtgruppen und ihrem Zusammenspiel verwischen sich die Grenzen zwischen legalen und illegalen Aktivitäten. Auch wenn in einer engen Auslegung viele der politischen und wirtschaftlichen Aktivitäten dieser Gruppen als illegal angesehen werden müssen, werden sie nicht als kriminelle Vereinigungen angesehen. Allerdings hat die Studie ergeben, dass es direkte und indirekte Kontakte zu kriminellen Gruppen gibt. Die direkten geschehen vor allem auf lokaler Ebene: man teilt sich ein Territorium, z. B. einer Kommune, indem man mindestens eine Beziehung des Zusammenlebens etabliert, öfter aber auch durch verwandtschaftliche Beziehungen, sog. compadrazgo oder Geschäfte. Die indirekten Verbindungen lassen sich anhand gemeinsamer ökonomischer Interessen messen: Unternehmen oder NGOs, die öffentliche Aufträge übernehmen oder vermitteln, oder das Zusammenleben in Naturschutzgebieten. In Ausnahmefällen kann die Machtgruppe selbst wie eine kriminelle Gruppe auftreten, z. B. die Cifuentes-Segura-Familie in Sayaxché, die über Jahrzehnte für die damalige PAN den Bürgermeister der Stadt stellte, gleichzeitig aber ins Drogengeschäft involviert war.

6. (Partei-)Politische Artikulationsfähigkeit auf nationaler Ebene

Die Beweglichkeit und Fähigkeiten der Gruppen auf regionaler Ebene reproduzieren sich auf nationaler Ebene. Die lokalen und regionalen Machtgruppen bieten den nationalen politischen Parteien durch ihren dortigen Einfluss als Caudillos oder Kaziken eine Wählerbasis und politische Strukturen an. Die Parteien bieten im Gegenzug die Zugehörigkeit zu einem landesweiten Projekt, ein Parteisymbol und eine Kandidatur als PräsidentIn für eine Wahlkampfperiode an. Während der Legislaturperioden sind die Kongressabgeordneten aus den Netzwerken ebenso Teil instabiler legislativen Koalitionen, denen es aber je nach Grösse und/oder Zusammensetzung gelingt, die Ämter im Kongress unter sich aufzuteilen. Ein Beispiel dafür ist die Fraktion von

LIDER, die sich zwar ohne jegliche politische Basis konstituierte, es aber in entscheidenden Momenten schaffte, eine parlamentarische Mehrheit im Tausch gegen öffentliche Mittel zu erreichen.

7. Allianzen und Verbindungen mit transnationalen Konzernen

Die regionalen Machtgruppen mit nationaler Bedeutung und die kriminellen Gruppen haben gemeinsam, dass sie Allianzen mit transnationalen Konzernen etabliert haben. Im Falle der Machtgruppen haben die Konzerne eine beachtliche Rolle bei der Förderung und Konsolidierung der Gruppen gespielt. So hat es die Geschäftsverbindung von Manuel Baldizón mit dem mexikanischen Transportunternehmen ADO und der mexikanischen Brauerei TECATE ihm erlaubt, seine Geschäfte zu diversifizieren, seine wirtschaftliche Position zu festigen und Geldflüsse und Schutz zu erhalten, um mit nationalen Unternehmen zu konkurrieren. Zu PERENCO bestehen enge, in gewisser Weise symmetrische Beziehung: Die Ölausbeutung benötigt politische Unterstützung in verschiedenen Bereichen der staatlichen Strukturen, also reale oder fiktive Hilfe von kommunalen Organisationen, städtischen Unternehmen, Repräsentanten der Legislative und der Verwaltung. Die Mehrheit der Machtgruppen im Petén haben Beziehungen zu den Ölfirmen. Die lokalen und nationalen Organisationen der organisierten Kriminalität sind mit anderen transnationalen Konzernen verbunden – beispielsweise den mexikanischen Drogenkartellen

Und Baldizón?

Manuel Baldizón ist die führende Figur einer Machtgruppe, die ihr Zentrum in Flores hat. Er ist Unternehmer in den verschiedensten Geschäftszweigen: Transportwesen (La Petenera, Linea Dorada), Tourismus (Hotels, Restaurants, Ferienanlagen), Einkaufszentren (Plaza Futura), Kabelfernsehen (Telesky) und kommunale Radiostationen etc. All diese Unternehmungen befinden sich unter dem Dach der Familienholding BALVAR, der seine Frau Rosa Vargas vorsitzt. Baldizón sagt selbst, dass ihm selbst etwa die Hälfte aller Grundstücke seiner Heimatstadt Flores gehören. Er ist zudem Aktionär der Fluggesellschaft TAG, Mitbesitzer der Tankstellen-Kette JAGUAR und hat Anteile an der BANRURAL. Zudem gehören ihm Ländereien in Santa Elena und dem Ort Paxcaman in der näheren Umgebung von Flores.

Seine politische Karriere begann er 2003 als Distriktabgeordneter der PAN, 2007 wechselte er zur UNE, wurde Kongressabgeordneter und war Vorsitzender des Finanzausschusses, genau jenes Gremiums, das über die Verteilung der öffentlichen Gelder massgeblich entscheidet; im November 2008 musste er jedoch diesen Posten räumen. Zwei Monate später gründete er innerhalb des Kongresses seine eigene Fraktion, LIDER, die bald 26 Abgeordnete zählte und zu einer der stärksten Oppositionsparteien wurde. Im April 2010 beurlaubte er sich (ohne Bezüge) von seiner Kongressarbeit, um seine Kandidatur für die Präsidentschaftswahlen 2011 vorzubereiten. Seine engen Beziehungen zur Kommunalverwaltung sind sichtbar durch das Bürgermeisteramt, das sein Cousin Emilio Táger von 2003 bis 2007 bekleidete, der jedoch wegen Amtsmissbrauchs zu Hausarrest verurteilt wurde. BALVAR hatte – so berichtete *Prensa Libre* 2008 – ein Grundstück für den lächerlich niedrigen Preis von 14.000 Quetzales (etwa 1.200 Euro) von der Stadt gekauft und dann an einen Strohhalm verkauft, der nun als Besitzer im Grundbuch steht. Ebenso zwielichtig war die Auffüllung des Peten Itza-Sees (auf dem Flores liegt) für den Bau der *Mundo Maya International Mall*, die Baldizón gehört. Die notwendige Umweltstudie, die den Stadtrat dazu brachte, die Auffüllung des Sees trotz Umweltschäden zu genehmigen, stammte von der Baldizón-Firma *Consortio de Desarrollo*, die unter Leitung des 19-jährigen Sohnes seines Kongress-Beraters sowie der Buchhalterin von BALVAR steht. Es liefen vier Ermittlungsverfahren gegen Baldizón wegen widerrechtlicher Aneignung von Grundstücken, die jedoch allesamt im Sande verliefen.

Als Kerngruppe nennt die Studie Carlos Alberto Millan Casanova und Carlos Antonio Kuylen Morales, ehemaliger Gouverneur in der Zeit des Präsidenten Berger und verbunden mit NGOs, die öffentliche Aufgaben erfüllen. Seine Kandidatur auf der Liste des LIDER wurde inzwischen von der TSE suspendiert, da er seine Kreditwürdigkeit nicht offen gelegt hatte. Zu den lokalen UnterstützerInnen gehören die Familien Claros Arriaza, Villeda, Gallardo, Sagastume und Garrido Catalán, von denen einige zuvor mit der UNE sympathisierten. Leonel de Jesús Garrido Catalán war Berater der Verwaltung des Nationalparks Tikal, Julio César Gallardo war im Kommunalen Planungsstab in Sayaxché tätig, jener Stadt, die quasi von einem Drogenkartell beherrscht wird. Wichtige Figuren sind auch die Bürgermeister von Flores, von La Libertad, von Melchor de Mencos, von San Andres und von Poptún. Alle waren zuvor bei der UNE aktiv gewesen. Mit diesen sowie mittels der von ihm kontrollierten NGO *Dulce Refugio* und *AGROFOR* hat Baldizón nach Angaben der Studie staatliche Mittel in Höhe von 221 Millionen Quetzales (etwa 20 Millionen Euro) unter seine Kontrolle gebracht. Das heisst nicht notwendigerweise, dass nicht auch BewohnerInnen davon profitiert hätten, aber es bedeutet, dass ein Kongressabgeordneter offensichtlich über eine Verteilung staatlicher Gelder zum eigenen wirtschaftlichem Vorteil entschieden hat.

Interessant im Hinblick auf seine weiter unten zitierten Ausführungen zu Umweltfragen ist auch der gute Kontakt von Baldizón zu PERENCO, die im Norden des Petén Öl fördert und weiter fördern will (siehe zuletzt ¡Fijáte! 466). So sagte ein Mitglied der Familie Minondo Ayau, dem guatemalteckische Anteilseigner von PERENCO über das Projekt LIDER: „Wir sehen in LIDER ein junges, gesundes und solides Projekt, das nicht nur redet, sondern handelt. Es hat fantastische Initiativen entwickelt, z. B. FonPetrol.“ FonPetrol wurde am 2. Februar 2009 vom Kongress verabschiedet, um in nationale Ressourcen, insbesondere im Ölsektor, zu

investieren. Das Gesetz führt zu einer Zahlung von 5 % Tantiemen aus den Öleinnahmen an den Staat, gleichzeitig macht es die Ausweitung der Ölförderung möglich mit Kontrakten von 25 Jahren Dauer. Offenbar hat Baldizón mit seiner neuen Fraktion LIDER die Partei des Präsidenten dazu bewegen können, den Widerstand angesichts der Mehrheitsverhältnisse aufzugeben.

Positionen von Baldizón

Todesstrafe

Baldizón ist für die Anwendung der Todesstrafe, soweit dabei der Rechtsstaat beibehalten werde. Nachdem ein Urteil gesprochen sei, müsse es auch vollstreckt werden. Der Präsident sei der einzige, der sich über dieses Urteil hinwegsetzen könne. Leider habe Präsident Colom sein Veto gegen ein Gesetz eingelegt, das die Anwendung der Todesstrafe erlaube, und habe damit nicht zur Aufrechterhaltung der Ordnung beigetragen. Er sei dafür, nach Gerechtigkeit zu suchen, Gesetze anzuwenden und den Rechtsstaat einzusetzen, um die Kriminalität einzudämmen. Er würde als Präsident die Urteile, auch Todesurteile, respektieren und niemals Begnadigungen aussprechen. Seinen Einsatz für die Todesstrafe rechtfertigt er mit Bibelzitat. Was die Frage angeht, inwieweit eine solche Haltung internationaler Rechtsprechung widerspreche, sagt Baldizón, dass die guatemaltekische Gesellschaft eben anders sei als die spanische oder französische oder überhaupt als die europäische. Derweil die USA, der grösste Verbündete Guatemalas, die Todesstrafe (noch) in 38 Bundesstaaten anwende.

Justiz

Die dringendste Massnahme zur Förderung der Justiz sieht Baldizón nicht nur im Ausbau der Sicherheitskräfte, sondern auch in der Stärkung der Justiz und der Staatsanwaltschaft. In diesem Jahr habe die Staatsanwaltschaft keine Mittel gehabt, um die Angestellten zu bezahlen. Es hätten 153 Millionen Quetzales (~13,5 Millionen Euro) gefehlt. Auch die Gerichte könnten bald keine Löhne mehr zahlen. Neben der finanziellen Absicherung sei jedoch auch der Schutz der RichterInnen notwendig, Die Todesstrafe sei ein Teil der nötigen Massnahmen, aber nicht alles. Wichtig sei auch die Prävention, die Schaffung einer Nationalgarde, einer effektiven Staatsanwaltschaft und von Gerichtshöfen. Was die CICIG angeht, so ist Baldizón für eine Weiterführung ihrer Arbeit, da sie effizient das Justizsystem begleite. LIDER ist dafür, dass die RichterInnen am Obersten Gerichtshof und der Kammern gewählt (und nicht ernannt) werden sollen. Dadurch könne das Volk mitentscheiden, wer ihre RichterInnen seien. Eine bessere Form der Säuberung gebe es nicht. Sie würde auch die Justiz und ihre Unabhängigkeit fördern. Baldizón sieht in den vergangenen Urteilen der Obersten Gerichtshöfe (CSJ, CC) Fortschritte, was deren Glaubwürdigkeit angehe. Sie hätten Vertrauen geschaffen.

Umweltbereich

Was die Ausbeutung von Mineralien angehe, gebe es Probleme, etwa aufgrund des Gebrauchs von Zyanid bei der Goldgewinnung. Die Bevölkerung sei mehrheitlich gegen diese Form der Ausbeutung. Dass diese Art Schäden verursache, hätten auch die Studien von Umweltverbänden gezeigt. Daher müsse man Prozeduren finden, die eine andere Ausbeutung mineralischer Produkte erlauben, damit das Land seine Produktivität erhalten und sich entwickeln könne. Die Position Baldizóns ist also: Nein zur Ausbeutung mit Zyanid. Zugleich sei es eine nationale Schande, dass ein Unternehmen 2 Milliarden Quetzales verdiene, aber davon nur 1 % an den Staat abführe. LIDER fordert, dass 50 % der Einnahmen im Land bleiben. Die Themen Minen, Ölausbeutung und Wasserkraftwerke seien strittige Themen, aber in einer globalisierten Welt seien sie Teil des Sozialprodukts. Daher müssten sowohl die negativen wie auch die positiven Effekte gegeneinander abgewogen werden. Seine Partei entwickle eine Gesetzesinitiative zur Förderung von sauberer Energie aus Wasserkraft. Es sollen mehr Wasserkraftwerke gebaut und weniger Energie aus fossilen Brennstoffen produziert werden, da diese die Ozonschicht und die Umwelt insgesamt schädige.

Sozialpolitik

Was die Sozialpolitik angeht, spricht sich Baldizón klar gegen ein Schmarotzersystem aus. Wenn ein 23-jähriger Mann, der eine Machete mitführe, aber nichts anbaue, Unterstützung bekomme, sei ein Fehler im Sozialsystem vorhanden. Über die Weiterführung der Sozialprogramme für Erwachsene will er jetzt noch nichts sagen. Seine originäre Idee sei ein Hilfsprogramm für Alte. Das Programm *Mi Familia Productiva* (die produktive Familie) werde es erlauben, die Hilfe auf die verwundbarsten Sektoren des Landes zu konzentrieren. Er propagiert, dass sich die Kinder jeden Morgen eine Stunde lang einer Kunstfertigkeit oder einer Dienstleistung widmen, damit die staatliche Investition für das Wohl der Kommunen, aber auch für die Wirtschaft und Guatemala insgesamt, genutzt werden könnten. Auch die Volksküchen sollen weitergeführt werden. Die Sozialprogramme müssten besser kontrolliert werden, nur so könne es eine gute Sozialpolitik und Armutsbekämpfung geben. Fokussiert und kontrolliert bedeute z.B., dass er den Familien nicht einfach 150 Q pro Monat gebe, sondern 300 Q alle zwei Monate. Damit sei die Familie 'gezwungen', auch selbst etwas zu unternehmen. Schliesslich gehe es am Ende um die Bekämpfung des Hungers. Diesem will Baldizón mit Fisch-, Geflügel- und Schweinezucht in den Dörfern begegnen. Zugleich werde er ein Schulfrühstück fördern und zu der besten Erfindung, die je in Guatemala gemacht worden ist, zurückkehren, der Incaparina (ein Getränk aus Baumwollsaamen, Mais, Hirse, Hefe und anderem, das an Schulkinder verteilt wird, um Mangelerscheinungen vorzubeugen).

Archive der ehemaligen Nationalpolizei entdeckt

Quiché, 20. Aug. Im Regierungsgebäude des Departments Quiché wurden hunderte von Dokumenten entdeckt, von denen man vermutet, dass sie Archive der ehemaligen *Nationalpolizei* (PN) sind. Das Gebäude, welches früher als Gefängnis genutzt wurde, wird seit eineinhalb Monaten zu einem Museum umgebaut. Bei dieser Gelegenheit fanden Bauarbeiter die besagten Dokumente. Wieviele es genau sind, ist noch unklar, aufgereiht jedoch ergeben sie eine Stapellänge von 40 Metern.

Der Fund stellt einen grossen Wert dar, schon allein deshalb, weil die PN die Existenz der Dokumente immer verneint hatte. Laut PN seien sie während des bewaffneten Konflikts verbrannt.

Bei der Inspektion des Fundortes nahmen Staatsanwältin Claudia Paz y Paz, Regierungsminister Carlos Menocal und der Gouverneur des Departments Quiché, Raúl Antonio Matías de León, teil, was auf die Wichtigkeit des Ereignisses schliessen lässt. Laut Menocal werden die Archive helfen können, die historische Wahrheit über die Geschehnisse während des Bürgerkriegs im Quiché ans Licht zu bringen.

Die Archive wurden zum Hauptsitz des *Historischen Archivs der Nationalpolizei* in der Zone 6 der Hauptstadt transferiert – wozu zwei Laster nötig waren, welche die aktuelle *Nationale Zivilpolizei* (PNC) zur Verfügung stellte. Die Entscheidung zur Verlegung der Dokumente wurde von der Staatsanwaltschaft und Zivilorganisationen gemeinsam getroffen, da nur letztere die Kapazität sowie technische Voraussetzungen besitzen, um die Unterlagen zu analysieren und zu lagern.

Gesetz gegen Frauenmorde verfassungswidrig?

Guatemala, 13. Aug. Nun endlich kamen die guatemalteckischen Männer auf die Idee, dass *Gesetz gegen Femizid und andere Arten der Gewalt gegen Frauen* als verfassungswidrig erklären zu lassen, da es diskriminierend sei. 3 ¾ Jahre nach der Gesetzesannahme durch den Kongress legten drei Anwälte aus Quetzaltenango Einspruch beim Verfassungsgericht ein.

Das Verfassungsgericht nahm den Einspruch entgegen. Die Anwälte Romeo González Barrios, Danilo De León Pleitez und Pablo López Reyes erklärten, dass es nicht sein könne, dass einem Mann Untersuchungshaft blüht, wenn eine Frau ihn wegen Gewalt anzeige, dies aber nicht im umgekehrten Fall gilt, d.h., wenn eine Frau ihren Mann oder auch eine andere Frau angreife. Gemäss den Statistiken des Nationalen Zentrums für gerichtliche Analyse und Dokumentation über die letzten drei Jahre wurden in Quetzaltenango 1'151 Fälle angezeigt, in denen Männer von ihren Frauen physisch bedroht wurden. Damit positioniert sich das Department auf Platz zwei in dieser Gewaltkategorie. Laut Gonzales müsse das Ziel sein, die Familie zu schützen, das Gesetz aber sei gewalttätig und verursache Schäden in der Kernfamilie. Des weiteren sei es verfassungswidrig und solle deshalb endgültig abgeschafft werden.

Gleichzeitig gab der Sprecher des Gerichts für Delikte des Femizids bekannt, dass bisher in 25 Fällen von Gewalt gegen Frauen (eine wirklich „riesige“ Zahl in Anbetracht der Realität!) die Prozess begonnen hätten, die Verteidigung aber schon in fünf Fällen beweisen konnte, dass die Klägerinnen gelogen hätten.

Dabei scheinen die Herren Anwälte, Richter und Sprecher aber zu vergessen, dass zwischen 2001 und 2010 5'369 Frauen ermordet (offizielle Daten), aber nur 186 Mörder festgenommen wurden. Und diese 5'396 toten Frauen werden sich ja wohl nicht selbst umgebracht haben, nur damit sie Männer „gewaltsam und diskriminierend“ anklagen können! Des weiteren schafften es 87% der Femizidfälle nicht einmal bis vor einen RichterIn. Die Straflosigkeit ist enorm hoch und die genannten drei Anwälte empfinden die Bekämpfung dieser Verbrechen als diskriminierend. Wären sie ernsthaft an einer Geschlechtergleichheit und an Gerechtigkeit interessiert, würden sie – auch wenn sie die strukturelle Gewalt gegen Frauen auf Grund ihres Geschlechts nicht anerkennen – nicht die Abschaffung des Gesetzes verlangen, sondern vielmehr dessen Erweiterung, und fordern, dass ebenfalls Gewalt gegen Männer darin aufgenommen wird.

Plan de Sánchez – ein weiterer Fall der Aufarbeitung der Vergangenheit vor Gericht

Guatemala, 17. Aug. Am 16. August und 29 Jahre nach dem Massaker im Dorf Plan de Sánchez wurden vier Ex-Militärs (Lucas Tecún, Julián Acoj Morales, Eusebio Grave und Santos Rosales García) durch die Richterin Carol Patricia Flores des Massenmordes belangt, obwohl sie aussagten, unschuldig zu sein. Die vier wurden vor einer Woche in Baja Verapaz verhaftet. Nur einen Tag später, am 17. August, wurde ein fünfter Ex-Militär (Julián Acoj Morales) in der Zone 18 der Hauptstadt festgenommen.

Diese fünf Personen werden beschuldigt an dem Massaker an 248 BäuerInnen in Plan de Sánchez, Rabinal, Departement Baja Verapaz, teilgenommen zu haben. Der Massenmord geschah unter der Regierung von Efraín Ríos Montt am 18. Juli 1982. Eine Gruppe von heute ehemaligen Mitgliedern der *Patrouillen der Zivilen Selbstverteidigung* (PAC) ermordeten die EinwohnerInnen von Plan de Sánchez, da man sie als Guerillas

einstufte. In diesem Massaker, wie auch in jenem von Dos Erres wurden die Frauen vergewaltigt, während Männer und Kinder auf verschiedenste Arten gequält wurden.

Räumung von 300 BäuerInnen im Petén

Guatemala, 26. Aug. Etwa 300 BäuerInnen wurden diese Woche aus der Gemeinde Nueva Esperanza vertrieben, die im Nationalpark Sierra del Lacandón im Departement Petén liegt. Laut Regierungsminister Carlos Menocal wurden die BäuerInnen geräumt, da die Regierung davon ausgeht, dass sie mit Drogenhändlern zusammen arbeiten.

Gemäss Menocal habe der Räumungsprozess zwei Tage gedauert, da eines der Ziele dieser Aktion die Suche nach kriminellen Banden und Drogenhändlern gewesen war. Insgesamt wurden mit der Räumung 48.000 Hektar Land „zurückerobert“.

Unter den 300 geräumten BäuerInnen befinden sich Personen, die ursprünglich aus verschiedenen Regionen des Landes kamen, z. B. aus den Regionen von Chiséc, Cobán und Huehuetenango. Dies war nicht die erste Räumung in Nueva Esperanza: Am 23. Mai 2008 wurden schon einmal 40 Familien vertrieben, und 11 Monate zuvor weitere 37 Familien.

Laut Regierung wird darüber nachgedacht, an diesem Ort ein Operationszentrum polizeilicher und militärischer Natur einzurichten – um zu verhindern, dass die Geräumten wieder kommen.

Gemäss Daniel Pascual vom Komitee der Bäuerlichen Einheit (CUC) sei es bedauerlich, dass der Vorwand des Drogenhandels dazu genutzt werde, um BäuerInnen zu vertreiben. Auch wenn es tatsächlich Drogenhandel, illegale Grenzüberschreitungen und andere ungesetzliche Aktivitäten in der Region gäbe, so Pascual, sei das Hauptproblem jedoch die Landproblematik, die weiterhin ungelöst sei. Vielmehr reagiere die Regierung mit Verfolgung, Räumungen und Verhaftungen.

Die *Internationale JuristenInnenkommission* (CIJ) hat aufgrund dieser Räumung am 26. August ein Pressecommuniqué veröffentlicht. In diesem kritisiert sie die gewalttätige Räumung, die Kinder, Frauen und Männer obdachlos im Dschungel oder in den Bergen zurückliess. Genau genommen wisse man nicht wirklich etwas über den Verbleib der über 300 Personen. Desgleichen erinnere ebenso die Begründung der Regierung sowie die Auswirkungen der Räumung sehr an die Zeiten des Bürgerkriegs. Damals sei es der Vorwurf der Unterstützung der Guerilla gewesen, welche den Gewalteinsatz möglich machte, heute seien es die Drogenhändler. Ausserdem sei die Räumung durchgeführt worden ohne den dazu entsprechenden Bestimmungen der Vereinten Nationen nachzukommen, wie z.B. die Bereitstellung einer Unterkunft für die Vertriebenen. Im Communiqué wird angemerkt, dass die Räumungen in der Region eher etwas mit dem Tourismusprojekt und dem Bau von vier Wasserkraftwerken, genannt *Mega Proyecto Cuatro Balam*, zu tun hätten. Die CIJ gibt weiterhin bekannt, dass die Räumung einer weiteren Gemeinde, Centro Campesino bevorsteht, ebenfalls ohne dass die UN- Bestimmungen erfüllt seien.

¡Hijó!, Fernando!

An dieser Stelle sollte eigentlich die zweiwöchentliche Kolumne von Fernando Suazo stehen. Leider hat er kurzfristig – aber lange vorangekündigt – seinen Austritt aus dem Redaktionsteam gegeben und wird in Zukunft diese Spalten nicht mehr füllen. Bereits Ende letzten Jahres wollte er damit aufhören. Es gelang uns aber, ihn noch einmal zu überreden. Seine Gründe sind mehr als verständlich: das Lehramt an der Universität, sein Engagement in der Gemeinde Rabinal, wo er mit seiner Familie lebt, und damit verbunden die Forderung seiner beiden Kinder, der Vater möge sich nicht bloss der Allgemeinheit widmen, sondern auch mit ihnen Zeit verbringen.

In Guatemala lebend und die LeserInnenschaft des ¡Fijáte! nicht kennend, haderte er immer wieder damit, ob er die richtigen Themen getroffen hatte oder ob überhaupt jemand seine Kolumnen liest. Zweifellos stellten sie einen wichtigen Bestandteil von ¡Fijáte! dar, und es gelang ihm immer wieder, die trockenen Fakts und Informationen, die wir in unseren Artikeln und Texten verarbeiten, von einer anderen, menschlichen Seite zu beleuchten. Immer wieder hat er seinen Blick über die Grenzen Guatemalas hinaus schweifen lassen, z. B. nach Irak, in die USA, nach Fukushima, hat Bogen geschlagen zu anderen Themen und damit immer wieder gezeigt, dass Guatemala keine Insel ist und vor allem: dass die Menschheit sehr wenig aus ihrer Geschichte gelernt hat. Seine Texte zu lesen, war eine Bereicherung – seine Texte zu übersetzen, eine wahre Freude! Mit der Zeit habe ich aufgehört, sie vorgängig durchzulesen, sondern habe einfach mit der Übersetzung begonnen und mich durch eine Geschichte treiben lassen, deren Ende oft überraschend, aber immer überzeugend war.

Muchisimas Gracias, Fernando, wir werden deine klugen und scharfzüngigen Texte vermissen!

Die Redaktion, Barbara Müller

¡Fijáte!

<http://fijate.guatemala.de>

Redaktion:

Stephan Brües – stephan.bruees@arcor.de

Barbara Müller – barbara-m@bluewin.ch

Wiebke Schramm – wibsc@gmail.com

Erscheint vierzehntäglich

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht

Herausgegeben von

Schweiz:

Verein ¡Fijáte!

2502 Biel

PC: 30-516068-6

Deutschland und Österreich:

Solidarität mit Guatemala e.V.

Postbank Karlsruhe

BLZ: 660 100 75

Kto. -Nr.: 32 95 01-751

Abos:

¡Fijáte!

Barbara Müller

Ankerstrasse 16

8004 Zürich

barbara-m@bluewin.ch

E-Mail-Abo: Fr. 85.-

¡Fijáte!

Christian Hagmann

Am Bahnhof 6

78315 Radolfzell

fijate@web.de

E-Mail-Abo: Euro 50.-